

Zu unserem Kommentar zum IGI Rißtal vom 22. Juni:

Planungen zum IGI Risstal sind nicht demokratisch

Wenn ein so bedeutendes Verfahren, wie das Zielabweichungsverfahren in die Wege geleitet wird, ohne dass die Bürger umfassend informiert, geschweige denn eingebunden werden, dann ist es nicht verwunderlich, wenn massive Kritik und Widerstand entsteht. Warum hat man auf eine „frühzeitige Bürgeranhörung“ verzichtet? Die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung zum Flächennutzungs- und Bebauungsplan, kommt meines Erachtens zu spät. Zu dem Zeitpunkt stehen wesentliche Eckpunkte fest, für die sicherlich Planer und weitere Gutachter eingebunden werden, um den Willen des Zweckverbandes durchzusetzen. Dass die Kosten der Steuerzahler trägt, sei nur am Rande erwähnt.

Dazu kommt, dass das für das Zielabweichungsverfahren erstellte Gutachten der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist. Hält man es trotzdem in Händen, ist man vielfach nicht nur

verwundert und entsetzt, sondern stellt auch fest, dass es Fehler enthält und wesentliche Aspekte nicht berücksichtigt. Da entfällt jegliches Vertrauen in die handelnden Vertreter der Kommunen. Dass die, wie in der Pressekonferenz erwähnt, berechtigten Fragen zu einem späteren Zeitpunkt objektiv behandelt werden, darf zurecht bezweifelt werden. Ist dann doch schon viel Geld „verbraten“ worden und wieder von vorne anzufangen ist auch schwer, weil ja Handlungsdruck bestehe. Wenn im Zusammenhang mit dem IGI gesetzliche Vorschriften (Beim Verkauf des Rappenhofs an die Firma Handtmann erfolgte die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung des Bauernverbandes nicht - § 30 Agrarstrukturverbesserungsgesetz) nicht eingehalten werden, nicht informiert wird, Bürger Einwohnerversammlungen fordern müssen und in nicht öffentlichen Sitzungen Entscheidungen getroffen werden, kann ich Ihrer Meinung, es sei ein zutiefst demokratischer Prozess, absolut nicht zustimmen.

Gisela Eggensberger, Warthausen